

Bindeglieder

Das Einwandererland Luxemburg hat längst eine postmigrantische Gesellschaft, in der es mehr um das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten als um die einseitige Integration von Migranten gehen sollte. Die Vielheit sollte als Stärke begriffen werden.

Der übliche demografische Rhythmus ist wiedergefunden. Nach der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums während des ersten Covid-Pandemiejahres 2020 hat die Zahl der Einwohner Luxemburgs im Folgejahr wieder um mehr als zehntausend zugenommen. Wie das staatliche Statistikamt (Statec) bereits im Frühjahr 2022 vermeldete, kehrte die Einwanderung fast wieder auf das Vorkrisenniveau zurück. Demnach ließen sich 25.335 Menschen im Großherzogtum nieder. Eine ähnliche Entwicklung wird das Land auch dieses Jahr erleben.

Das Vorkrisenniveau – von knapp über zweitausend – überschreiten wird 2022 auch die Zahl derer, die einen Antrag auf internationalen Schutz eingereicht haben. Etwa 43 Prozent von ihnen haben bereits einen Flüchtlingsstatus erhalten. Allerdings sind dabei nicht jene mehr als fünftausend Menschen mitgezählt, die seit dem Angriff der russischen Armee auf die Ukraine am 24. Februar vor dem Krieg nach Luxemburg flohen. Das Großherzogtum ist also auf verschiedenen Ebenen ein Einwanderungsland. Seine Gesellschaft ist eine postmigrantische, also

durch Einwanderung geprägt. Ob gebürtige Luxemburger mit oder ohne Migrationshintergrund. Arbeitsmigranten wie Expatriates, Menschen mit Flüchtlingsstatus oder „sans papiers“, Einwohner oder Grenzgänger – sie tragen zur „Vielheit“ bei.

Dass im Bereich der Immigration und der Aufnahme von Geflüchteten mehr möglich ist als bislang erwartet wurde, weiß Pascale Zaourou, die seit gut einem Jahr Präsidentin des Comité de Liaison des Associations d'Etrangers (CLAE) ist. Sie verweist auf die große Leistung, die

Die Diversität ist eine Stärke des Landes. Besucher des Festival des migrations, des cultures et de la citoyenneté.





CLAE-Präsidentin Pascale Zaourou betont unter anderem die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Organisationen für das Zusammenleben.

Die luxemburgische Gesellschaft ist eine postmigrantische, also durch Einwanderung geprägt.

besonders private und zivilgesellschaftliche Organisationen erbracht haben, auch wenn ihnen von den Behörden nicht selten bürokratische Steine in den Weg gelegt worden seien. Auch ihr 1985 gegründetes Komitee hat ein großes Stück dazu beigetragen, den Neuanrückenden zu helfen – „obwohl die Hilfe für die Geflüchteten bei weitem nicht unsere einzige Aufgabe ist“, wie sie betont. „Unsere Dienste sind für alle Migranten da“, fügt sie hinzu. „Auch für jene, die aus ökonomischen oder anderen Gründen hierhergekommen sind.“

Zusammen mit anderen Organisationen gehört das CLAE zum „Lëtzebuurger Flüchtlingsrot“ (LFR). „Wir alle mussten schnell reagieren, ebenso wie die staatlichen Auffangstellen der Regierung“, erklärt Zaourou. „Die aus der Ukraine geflüchteten Menschen flohen zwar alle aus ein und demselben Grund, vor dem Krieg, aber sie befanden sich in ganz unterschiedlichen Situationen. Die einen kamen allein, andere in Gruppen, die

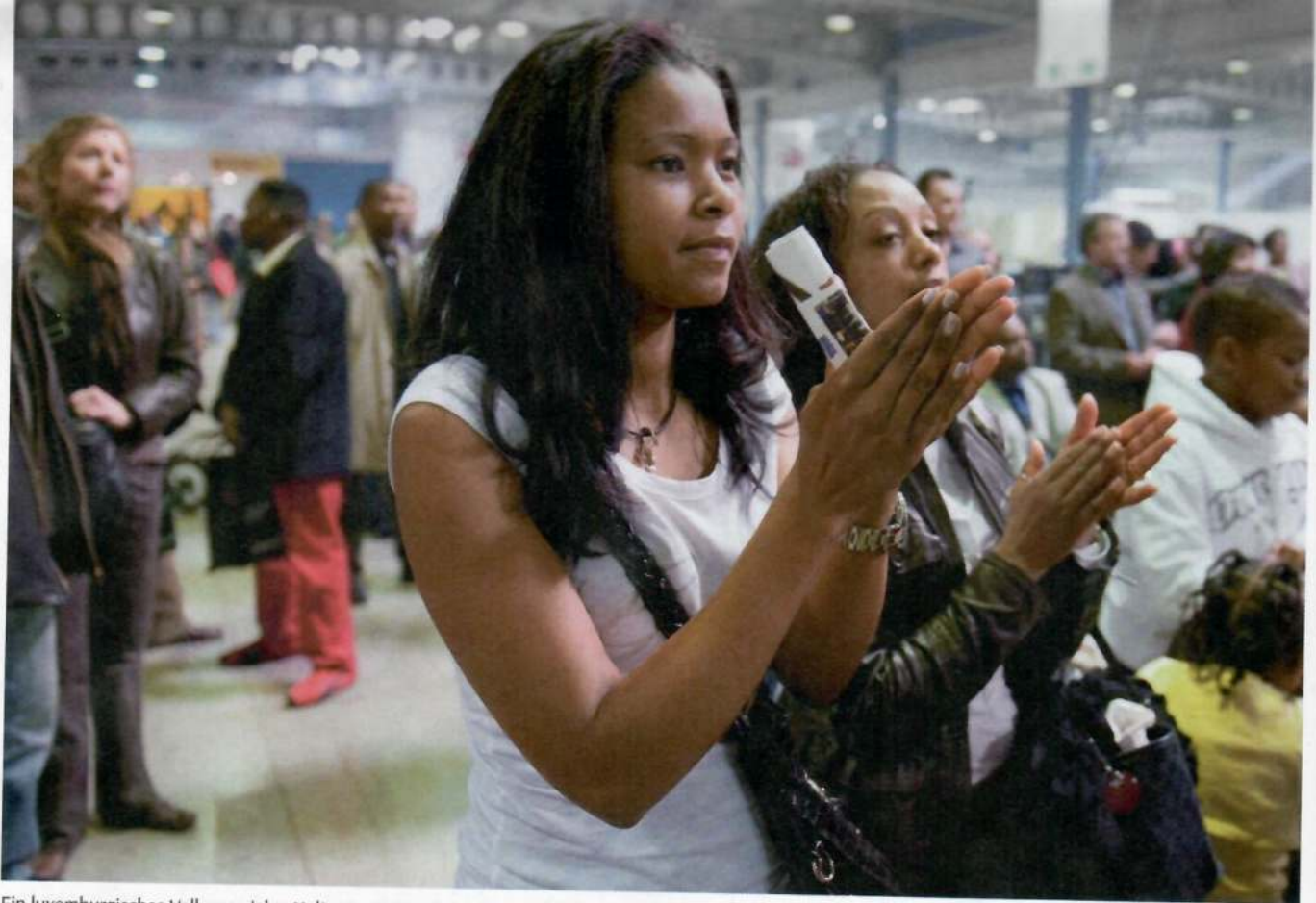
einen kamen gleich in einer Familie unter, andere wiederum nicht. Ein Hindernis war zum Beispiel die Sprache, denn manche sprachen weder Französisch noch Englisch. Außerdem befanden sich unter den aus der Ukraine Geflüchteten auch Personen, die keine ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen. Uns ging es vor allem darum, den Menschen gleiche Bedingungen zu gewähren.“

Derweil stieg auch die Zahl der Geflüchteten aus anderen Ländern. Unter Letzteren bilden nach wie vor Syrer die Mehrheit. Während für die Ukrainer von der Europäischen Union – laut Beschluss vom 4. März 2022 zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine – eine Sonderregelung geschaffen wurde, wonach sie vorläufig von einem Aufnahmetitel befreit waren und sich innerhalb des Schengener Raumes frei bewegen und einer Arbeit nachgehen können, verliefen die übrigen Asylprozeduren wie bisher. „Dies hat zu Frustrationen geführt“, stellt Pascale Zaourou fest.

„Vorher war es immer schwierig, eine Unterkunft für die betroffenen Personen zu finden. Dann waren da noch die langen Asylprozeduren, und auf einmal, als der Krieg in der Ukraine ausgebrochen war, hat man für die Neuanrücklinge schnelle Lösungen gefunden, zum Beispiel eine Bleibe in einem Hotel.“

Die CLAE-Präsidentin kennt die Schwierigkeiten, mit denen Asylbewerber zu kämpfen haben. Allgemeingesellschaftliche Probleme treffen auf sie häufig in besonderem Maße zu: „Etwa eine dauerhafte Wohnung zu finden“, sagt Zaourou. „Das betrifft vor allem Familien mit mehreren Kindern. Das Problem stellt sich verstärkt bei Familienzusammenführungen.“ Hinzu kommt die Schwierigkeit, eine Arbeit zu finden. Die Ungleichbehandlung besteht nicht nur zwischen Ukrainern und anderen Geflüchteten, sondern auch „zwischen den Ukrainern, die seit dem Krieg nach Luxemburg kamen, und ihren Landsleuten, die schon länger als vom 24. Februar an im Land sind“, erklärt Zaourou. „Vor drei Jahren habe ich etwa eine Ukrainerin in Französisch unterrichtet. Sie wartete lange auf eine Arbeitserlaubnis.“

Auf den „mangelhaften Zugang zum Arbeitsmarkt“ hat bereits Sergio Ferreira, der politische Sprecher der Association



Ein luxemburgisches Volk aus vielen Kulturen. Impressionen vom Festival des migrations, des cultures et de la citoyenneté.

de soutien aux travailleurs immigrés (Asti), in einem früheren revue-Interview aufmerksam gemacht (revue 18/2022). „Daran muss noch gearbeitet werden, sonst bekommen wir Probleme. Die Leute müssen aus den Flüchtlingsunterkünften herausgeholt werden. Sie finden keine Arbeit, weil sie keine Wohnung haben, und sie finden keine Wohnung, weil sie keine Arbeit haben.(...) Man muss also auch den Personen, die auf einen Flüchtlingsstatus warten, sofort den Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen. Je früher sie arbeiten können, desto besser können sie sich integrieren – und sich auch als Teil der Gesellschaft fühlen.“

Es gebe zwar zahlreiche Sprachkurse, weiß Ferreira. Aber das sei nicht genug. Organisationen wie Asti, CLAE, Passarell bieten zwar Kurse an. Den Immigranten fehle es jedoch oft an sozialen Kontakten mit Luxemburgern oder anderen Einwanderern. In diese Praxis müsse investiert werden. Aber auch der begleitete Zugang zum Arbeitsmarkt mit Praktika müsse gefördert werden. Die einschlägigen Vereinigungen fordern seit Längerem eine Reform des Integrationsgesetzes. „Wir arbeiten jeden Tag daran“, versicherte die zuständige Ministerin Corinne Cahen (DP) Mitte Oktober bei einer Chamber-Fragestunde. Der

Postmigration und Postkolonialismus lassen sich nicht mehr getrennt voneinander betrachten.

Gesetzentwurf sei in der „finalen Phase“, hieß es letzte Woche auf revue-Anfrage aus dem Ministerium. Noch vor Jahresende soll er den verschiedenen Partnern – dazu gehören Organisationen wie Asti oder Caritas – präsentiert und im Januar deponiert werden.

Pascale Zaourou hebt die Bedeutung der Zivilgesellschaft hervor. Diese müsse von staatlicher Seite gefördert werden. In der Pandemie war es schwer für die Nichtregierungsorganisationen, weil in Zeiten von Lockdowns, Homeoffice und Social Distancing keine Veranstaltungen und daher kaum kultureller Austausch mehr stattfinden konnten. Zwischen den Ministerien und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen war es zudem zu einer „Funkstille“ gekommen. Organisationen wie etwa Passarell, die Asylbewerbern unter anderem eine kostenfreie Rechtsberatung anbietet, standen vor dem Aus. Dabei sind gerade sie unverzichtbar als Bindeglieder im kulturellen Austausch,

für die Integration. Doch Letztere wurde bislang vor allem als einseitige Bringschuld verstanden, die den Migranten abverlangt wird.

„Diesem Paradigma entsprechend setzt integrationspolitisches Handeln ein defizitäres Anderes voraus“ und „eine Anpassungsleistung von Migranten“, kritisiert die deutsche Soziologin und Migrationsforscherin Naika Foroukan. „Dagegen fehlen in dieser Vorstellung die Integrationsanpassungen oder -leistungen, die von der Dominanzgesellschaft erbracht werden müssten.“ Integration verläuft nicht einseitig, sondern als bilateraler Prozess, sowohl von den Einwanderungen als auch von der Gesellschaft, in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen: am Arbeitsplatz oder im wirtschaftlichen Leben, über die Bildung genauso wie in Form des kulturellen Austauschs oder im Sport. Dabei müssten die Zugangschancen für alle Bürger von staatlicher Seite gewährleistet werden.

Der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund – etwas mehr als 70 Prozent der 128.514 Einwohner (Stand: 31. Dezember 2021) in der Hauptstadt – sind Nicht-Luxemburger – ist ein anerkannter Fakt. Der gesellschaftliche Wandel in eine heterogene Grundstruktur ist politisch anerkannt (Luxemburg als Einwanderungsland). Ihre Strukturen und Institutionen müssen an die Migrationsrealität angepasst sein. Stattdessen bestimmen nach wie vor „Mythen und Fantasien“ die Integrationspolitik, stellt Sérgio Ferreira fest. Dass Luxemburg ein Einwanderungsland ist, dessen Wohlstand auch heute noch von der Ankunft qualifizierter Arbeitskräfte abhängt, scheint noch nicht in den gesellschaftlichen Diskurs eingegangen zu sein. Er spricht lieber von „Zusammenleben“. Dies zu fördern, sollte ein Hauptziel der Politik sein.

In einer von Diversität geprägten postmigrantischen* Gesellschaft, also nachdem die Migration erfolgte und als unumgänglich anerkannt worden ist, hat sich der Begriff der Integration überlebt. Pascale Zaourou würde ihn auch durch „Zusammenleben“ ersetzen, was auch heißt: die Gesellschaft zusammen gestalten, mit allen Kulturen auf ein und demselben Niveau. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind für Zaourou ein Bindeglied zwischen den Migranten und der Aufnahmegesellschaft. Statt eines Integrationsministeriums bräuchte es eines für „ministère de citoyenneté“, so die CLAE-Präsidentin. Letzteres wäre ein „starkes Zeichen“. Sein Handlungsspielraum könnte zudem auf die Belange der rund 200.000 Grenzgänger ausgedehnt werden. Doch gerade hierbei scheint es am politischen Willen zu fehlen, nicht zuletzt im „Superwahljahr“. Auf kommunaler Ebene dürften die Immigranten eher angesprochen werden als bei den Chamberwahlen, wo sie kein Stimmrecht besitzen. Dass etwa die Hälfte der Bevölkerung kein Wahlrecht auf nationaler Ebene hat, würden Politikwissenschaftler wohl als „Repräsentationslücke“ bezeichnen. Die postmigrantische Gesellschaft spiegelt sich im Parlament nicht wider.

Ein entsprechender Paradigmenwechsel, von dem Naika Foroukan spricht, hat vielleicht in der akademischen Welt der Universitäten, aber noch nicht in der politischen Realität stattgefunden. Die postmigrantische Gesellschaft ist noch nicht

in den Köpfen der Mehrheit der Bevölkerung angekommen, auch nicht in denen der Politiker. Das ist ein Integrationsdefizit der Gesellschaft. Um es zu beheben, sind strukturelle Veränderungen notwendig. Postmigrantische Gesellschaften sind „Aushandlungsgesellschaften“. Alle Seiten müssten sich dem Aushandlungsprozess öffnen, auch die „Etablierten“. Auch sie müssten sich in die postmigrantische Strukturen integrieren.

„In der Tat gibt es in Krisenzeiten einen ‚repli identitaire‘, den man schon in einigen Nachbarländern sieht. In Luxemburg noch nicht“, stellt Pascale Zaourou fest. „Aber es wäre interessant, mehr interkulturelle Räume zu schaffen, etwa in Schulen und Verwaltungen, sowie Migrationsmuseen und mehrsprachige Bibliotheken einzurichten, um das Teilen des kulturellen Erbes zu fördern, die Migrationsbewegungen zu verstehen und auch zu verstehen, dass dieses Erbe Teil unseres kollektiven Bewusstseins ist.“

Für das Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft müssen Barrieren abgebaut werden. Ein „ministère de citoyenneté“ ist nach den Worten von Pascale Zaourou „auch die Idee einer institutionellen Integration und egalitären Symbolik“ für alle Bürger, insbesondere für jene, die hier ankommen und ihre Nachfahren. „Denn das ist es, was Luxemburg so besonders macht“, so die CLAE-Präsidentin. „Ich glaube, dass

wir ein einziges luxemburgisches Volk sein können, obwohl wir aus verschiedenen Kulturen stammen. Wir können das schon im Festival des Migrations et de Citoyenneté erleben. Aber es reicht schon, hier einen Kindergeburtstag zu besuchen, um zu verstehen, dass sie ‚mit‘ und nicht ‚trotz‘ ihrer unterschiedlichen Herkunft eins sind.

„Vielfalt“ hilft gegen „Einfalt“, brachte es der Migrationsforscher Mark Terkessidis in seinem Buch „Nach der Flucht“ auf den Nenner. Die heutige Gesellschaft ist alles andere als homogen, sondern heterogen. „Vielheit“ bildet zwar keine „Einheit“, aber sie ist die Stärke des Landes. Pascale Zaourou verweist auf die jüngste Ausstellung „Le passé colonial du Luxembourg“ im Musée National d'Histoire et d'Art (MNHA). In der Tat bestehen Analogien zwischen der Idee der Postmigration und dem postkolonialen Diskurs, dessen Grundidee es ist, die Geschichtsschreibung des Kolonialismus von der westlichen Hegemonie zu befreien. Die beiden Phänomene, Postmigration und Postkolonialismus, lassen sich nicht mehr getrennt voneinander betrachten.

Text: Stefan Kunzmann \ Fotos: Paulo Lobo (2), Georges Noesen, Philippe Reuter (revue-Archiv),

* Das Präfix „post“ steht dabei nicht für das Ende der Migration, sondern beschreibt gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die nach der Migration erfolgen.



„Mythen und Fantasien“ bestimmen nach wie vor die Integrationspolitik, stellt Sérgio Ferreira von der Asti fest.